

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.13/14 - 64. Jahrgang

5. Juli 2014

Mindestlohn kommt

Die Einführung des Mindestlohns am 1. Januar 2015 bedeutet für 3,7 Millionen Beschäftigte eine bisher nicht gekannte Absicherung. „Es heißt konkret auch eine Lohnsteigerung von schätzungsweise 9,5 Milliarden Euro“, rechnete SPD-Generalsekretärin Fahimi vor.

Bei einer Anhörung im Bundestag bezeichneten Experten die Regelung als „eine der größten Sozialreformen der Nachkriegszeit“. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden verneint. Mit der Abstimmung am 4. Juli im Bundestag findet eine langjährige Auseinandersetzung ihren Abschluss. „Die SPD hält Wort“, so die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Manuela Schwesig. „Der Mindestlohn kommt: flächendeckend, für alle Branchen. Er ist ein wichtiger Schritt zur Angleichung der Löhne und Renten zwischen Ost und West. 3,7 Millionen Menschen in Deutschland werden von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns profitieren. Das ist ein großartiger Erfolg für all diejenigen, die jahrelang gegen Dumpinglöhne gekämpft haben. Der Mindestlohn hilft insbesondere Frauen, die häufig nur sehr niedrige Löhne erhalten.“

Übergangsregelungen in speziellen Branchen werden nur bis zum 31. 12. 2016 zugelassen. So gilt für Zeitungssteller: 2015 darf der Mindestlohn um höchstens 25 Prozent, 2016 um höchstens 15 Prozent unterschritten werden. Für alle Praktika, die fertig ausgebildete junge Menschen leisten, gilt grundsätzlich ab dem 1. Januar 2015 der Mindestlohn von 8,50 Euro. Spätestens zum 1. Januar 2017 erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland über 18 Jahre in allen Branchen uneingeschränkt den gesetzlichen Mindestlohn. Die Höhe des Mindestlohns wird alle zwei Jahre von einer Mindestlohnkommission überprüft. **Siehe auch Seite 9**

Stadtpolitik:

Neue Wege für die Stadt

Wachstumsfonds, Personalkonzept und Programmdebatte

Der Prozess zur Ausgestaltung des Wahlprogramms 2016, ein Wachstumsfonds für Berlin und die Perspektiven der Personalentwicklung in der Hauptstadt bildeten die Schwerpunkte auf der Klausurtagung des Geschäftsführenden Landesvorstands (GLV) am vergangenen Samstag in Berlin-Grünau.

Der GLV, vom SPD-Landesvorstand beauftragt, den Wahlprogrammprozess zu gestalten und zu strukturieren, hat auf der Klausurtagung am Wochenende dazu die ersten Grundlagen geschaffen. Definiert wurden zunächst drei inhaltliche Kernthemen: Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und Stadtentwicklung sowie Bildung und Wissenschaft.

Ab Oktober finden drei Mitgliederforen zu diesen tragenden thematischen Säulen statt. Ende des Jahres soll eine Online-Debatte starten. Über die zentralen Themen des Wahlprogramms sollen die Mitglieder Ende 2015 in Form eines Mitgliedervotums entscheiden. „Berlin wächst. Die Stadt selbst profitiert davon, aber das Wachstum



Jan Stöß auf der Klausurtagung des Geschäftsführenden Landesvorstands. Foto: Steffen

stellt die Stadt auch vor große Herausforderungen. Wir wollen alle in der Stadt mitnehmen. Und das soll sich im von uns gemeinsam erstellten Wahlprogramm wiederfinden“, so Jan Stöß, Landesvorsitzender der Berliner SPD.

In einigen Bereichen wurden bereits erste Beschlüsse gefasst. So wird die Schaffung eines Wachstumsfonds gefordert und das Personalkonzept des Senats soll angepasst werden. **Fortsetzung auf Seite 2**

„Die Einzigartigkeit bewahren“

Senats-Klausur: Interessenausgleich in der wachsenden Stadt

Bis 2030 rechnen Experten mit einer Zunahme der Berliner Bevölkerung um rund 250.000 Menschen. Das entspricht einem Zuwachs von 7,2 Prozent. Der Senat stellt sich in seiner Planung darauf ein. Auf einer Klausurtagung wurden am Mittwoch dazu entsprechende Maßnahmen beraten.

„Bereits der Doppelhaushalt 2014/1015 beinhaltet konkrete Schwerpunkte zur Förderung einer wachsenden Stadt, u.a. durch Ausbau von Schulplatzkapazitäten, Erhöhung der Zuschüsse für die Hochschulen, Verstärkung der Tiefbau-Unterhaltung und der Einrichtung eines Wohnungsneubaufonds“, so der Senat. Grundlage der Beratungen war jetzt der Abschlussbericht

der Arbeitsgruppe der Staatssekretäre „AG Wachsende Stadt“. Bei wachsender Bevölkerung müssen nun Schulen und Kinderta-

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT NACH DEN
SOMMERFERIEN AM 23. AUGUST 2014.
IHRE REDAKTION

gesstätten ausfinanziert werden. Zusätzliches Personal müsse eingestellt werden, wenn es nötig sei. Um seine Einzigartigkeit zu bewahren, brauche die Stadt auch zukünftig das Mit- und Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Kultur, so der Senat. **BS □**

Berliner SPD: Neue Wege für die Stadt

Fortsetzung von S. 1 - Wachstumsfonds, neues Personalkonzept und Programmdebatte

Berlin wächst und muss in sein Wachstum investieren. Dazu sollen künftig die wachstumsbedingten Mehreinnahmen herangezogen werden, die als Haushaltsüberschüsse zur Verfügung stehen. Allein in 2012 erzielte Berlin 671 Millionen Euro an Überschüssen, im Folgejahr waren es 476 Millionen Euro.

„Bisher konnte das Wachstum weitgehend von noch vorhandenen Reserven aufgefangen werden“, heißt es im Beschluss des GLV zum Wachstumsfonds. „Davon hat der Landeshaushalt profitiert: Das Land konnte die zusätzlichen Einnahmen verbuchen. Zukünftig muss Berlin aber gezielt in sein Wachstum investieren. Wir wollen das Wachstum verstetigen. Dazu muss Berlin eine attraktive Stadt bleiben.“

Bereits auf der letzten Landesvorstandssitzung war vereinbart worden, dass sich die SPD weiter für eine Umwandlungsverordnung einsetzen wird. Sie soll in den von Bezirken festgelegten Milieuschutzgebieten dafür sorgen, dass Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen nicht mehr ohne weiteres möglich sind. „Wir wollen Mieterinnen und Mieter, die schon eine Wohnung haben, besser vor Mietsteigerungen und Verdrängungen schützen“, so Stöß auf einer Pressekonferenz am Sonntag. „Entmietungen im Zuge der Umwand-



GLV-Klausur: die Beschlüsse.

Foto: Steffen

lung von Mietwohnungen in Eigentum ist ein Brandbeschleuniger für Verdrängung.“

Bei der Klausurtagung zu Gast waren die Mitglieder der AG Bezirksfinanzen Anika Lange und Isabell Miels und für den Fachausschuss Inneres und Recht Florian Dörstelmann und André Lossin. Sie berichteten dem GLV über den Stand der Diskussion zum Thema Personalentwicklung in Berlin. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Zielzahl von 100.000 Vollzeitstellen muss sich jetzt an die veränderten Bedingungen in Berlin anpassen.

„Wir halten am Ziel der Haushaltskonsolidierung fest“, wird im Beschluss zur Personalentwicklung klargestellt. „Allerdings

darf durch Einsparungen, vor allem bei der kommunalen Infrastruktur und damit beim Personal nicht das Wachstum und die Attraktivität Berlins gefährdet werden. Eine deutlich steigende Einwohnerzahl und eine positive wirtschaftliche Entwicklung führen zu einer nachhaltigen Erhöhung der Einnahmen beim Landeshaushalt.“

Themen, die sich auch in der Debatte zum Wahlprogramm wiederfinden werden. „Das übergreifende Thema, sozusagen das Dachthema unseres Wahlprogramms lautet: Das Wachstum in Berlin sozial gerecht gestalten“, so Jan Stöß. **JoS** □

POLITIK PERSÖNLICH

Matthias Schmidt, Bundestagsabgeordneter für Treptow-Köpenick, ist Mitglied des neu konstituierten Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung. Ihm gehören 22 Mitglieder des Deutschen Bundestages an, deren Aufgabe es ist, die Arbeit der Bundeszentrale zu kontrollieren.

Volker Härtig ist als Vorsitzender des Fachausschusses Soziale Stadt wiedergewählt worden, StellvertreterInnen sind Rudi Kujath, Angela Budweg und Philipp Mühlberg, Beisitzerinnen Ellen Haussdörfer und Ülker Radziwill.

ZITAT

„Da in Regierungämtern nicht immer die Sonne scheint, ist ein Schönwettersektor fehl im Amt. Da wünscht man sich doch Herrn Körting als Innensenator zurück.“ (Der ehemalige CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt in seiner Austrittserklärung aus der CDU über seinen Nachfolger Frank Henkel.)

Der Markt ist nicht alles

Thierse und Schäfer-Gümbel zum Handelsabkommen EU - USA

Das Kulturforum der Sozialdemokratie teilt die Sorgen vieler Künstler und Kulturschaffenden über die TTIP-Verhandlungen. Das erklärten Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Vorsitzender der SPD, und Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie, zu den Beratungen im TTIP-Beirat.

„Ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU darf nur geschlossen werden, wenn damit keinerlei kulturelle Standards gesenkt werden“, forderten die beiden Politiker. „Wir begrüßen daher die Debatten des TTIP-Beirats des Wirtschaftsministeriums im Bereich Kultur, um einen ehrlichen und erfolgsversprechenden Dialog zu ermöglichen. Klares Ziel muss sein, dass die kulturelle Vielfalt in Europa nicht unter die Räder kommt.“

Viele Fortschritte im Bereich des öffentlichen Kultursektors konnten offensichtlich bereits erzielt werden, so Thierse und Schäfer-Gümbel. „Die staatliche Förderung der Kultur sowie Regulierungen wie die Buchpreisbindung sollen vom Handelsabkom-

men nicht berührt werden. Dies sind wichtige Signale. Wir benötigen darüber hinaus eine breite öffentliche Debatte um die Auswirkungen des EU-USA-Handelsabkommens im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie hat mittlerweile große wirtschaftliche Bedeutung, arbeitet unter sehr speziellen Bedingungen und ist wie keine andere Branche von den Bedrohungen des geistigen Eigentums durch den zunehmenden digitalen Wandel unterworfen.“ Eine klare Abgrenzung zwischen Kulturinstitutionen, kultureller Bildung und Kulturwirtschaftsinteressen sei oft nicht möglich. Doch gerade die gegenseitige Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren ermögliche kulturelle Vielfalt und müsse als gesamtes förderungsfähig sein.

„Es ist keine Panikmache von Seiten der Kulturpolitik, wenn wir feststellen: Die global agierenden digitalen Kulturkonzerne der USA wollen über das Freihandelsabkommen ihre - den Gewinn und die Datensammlung fördernden - Marktanteile in Europa erhöhen“, erklärten Thierse und Schäfer-Gümbel. **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Wohnen:

„Schäuble blockiert vernünftige Lösung“

Berliner SPD-Politiker: Bundesimmobilien nicht zum Höchstpreis verscherbeln

Für 3,1 Millionen Euro wird die Großgörschenstraße 27 im Internet angeboten, für 4 Millionen steht die benachbarte Großgörschenstraße 25/26 zum Verkauf. „Mehrfamilienwohnhaus in attraktiver Innenstadtlage“ heißt es in der Beschreibung. Die Mieter sind in Sorge: Sie fürchten die Verdrängung.

Aus diesem Grund hatte die Anwohnerinitiative „Interessengemeinschaft Großgörschen & Katzler (ig GroKa) in Tempelhof-Schöneberg AnwohnerInnen und PolitikerInnen aller Parteien zum Dialog vor Ort eingeladen. Mit dabei waren Jan Stöß, SPD Landesvorsitzender und die Berliner SPD Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup, Mechthild Rawert, Swen Schulz und Cansel Kiziltepe.

5000 Wohnungen befinden sich in Berlin im Besitz des Bundes. Sie werden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) verwaltet. 1700 Wohnungen stehen derzeit konkret zum Verkauf – so auch die Gebäude in der Schöneberger Großgörschen- und Katzlerstraße.

Hier wohnen viele MieterInnen noch zu Quadratmeterpreisen unter vier Euro. Der Kiez ist harmonisch gewachsen, es gibt wenig Fluktuation, man kennt sich und steht zusammen. So auch in diesem Fall. Die BIMA wird von Bundesfinanzminister Schäuble angehalten, nur an den Meistbietenden zu verkaufen. Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften haben da kaum Chancen. Die Gewobag gab ein gutes Angebot ab, das nah am Verkaufswert lag. Ein Verkauf kam jedoch nicht zustande. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn Angebote von Privaten von bis zu 12 Millionen für ein Wohnhaus abgegeben werden.

Diese Summen können nur refinanziert werden, wenn Wohnungsgemeinschaften zerschlagen, entmietet und die Häuser luxussaniert werden – um sie dann in Eigentumswohnungen umzuwandeln oder sehr solvente MieterInnen anzuziehen. Die Berliner Mischung in den Kiezen bleibt da auf der Strecke.

„Wir haben als SPD für die Mietpreisbremse gekämpft, die jetzt auch kommt. Wir brauchen aber auch – und das zeigt das Beispiel hier vor Ort – eine Spekulationsbremse“, so Jan Stöß. „Wir sind hier, um zu zeigen, dass es hier um einen Grundsatz geht, den es zu verteidigen gilt: nämlich dass Bestandsschutz gewährleistet und gewachsene Milieus geschützt werden“, so der Berliner SPD Landesvorsitzende weiter.

Klaus Mindrup, Mitglied im Bau-Ausschuss des Bundestages: „Die CDU und al-



Begehung der Interessengemeinschaft an der Großgörschenstraße mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß.

Foto: Steffen

len voran Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble blockieren eine vernünftige Liegenschaftspolitik auf Bundesebene. Ausnahmsweise sollte die CDU einmal von der CSU lernen: Sie hat ein Gesetz zum Stopp spekulativer Verkäufe und Entmietungen erlassen. Was im erkonservativen Bayern geht, sollte auch in der Hauptstadt möglich sein. Wenn der Bundesfinanzminister sich über die Medien über eine Immobilienblase in Deutschland sorgt, dann kann er selbst Abhilfe schaffen. Er muss die auf spekulativen Profit ausgerichteten Richtlinien zum Verkauf der BImA-Grundstücke ändern.“

Vier Bundestagsabgeordnete der SPD waren vor Ort, um sich für die Interessen eben jener MieterInnen, die vom Verkauf der Wohnungen betroffen sind, stark zu machen. Swen Schulz, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages berichtete

von der Blockadehaltung der CDU bei konkreten Grundstücksverkäufen. Als Klaus Mindrup laut nachfragte, ob auch Vertreter der CDU hier seien, war schnell klar, dass bei der CDU kein Interesse bestand sich vor Ort zu informieren. Anwesend waren die Grünen, unter anderem die Stadträtin Sibyll Klotz und Renate Künast sowie Vertreter der Linkspartei.

Am Ende machten Jan Stöß und die SPD-Bundestagsabgeordneten noch mal deutlich, worum es ihnen auch bei diesem konkreten Engagement vor Ort geht: Notwendig sei ein Dreiklang: Mietpreisbremse – Milieuschutz und Wohnungsneubau. Die Wohnungen der BIMA in Berlin müssen in öffentliches Eigentum umgewandelt und am besten Genossenschaften und Wohnungsgesellschaften zugeführt werden. Die SPD, so Stöß, werde genau dafür kämpfen und da mit Druck agieren, wo es nötig sei.

Josephine Steffen □

➡ Die Initiative hat eine Online-Petition an den Deutschen Bundestag gestartet, darin heißt es: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass ein Verkauf von Mehrfamilienhäusern der BImA zum Höchstgebot ausgeschlossen ist und diese Wohnimmobilien ausschließlich an gemeinnützige, kommunale Wohnungsbau-gesellschaften oder Genossenschaften verkauft werden dürfen, die eine sozialverträgliche Vermietung sicherstellen. Mietern, die sich als Genossenschaft organisieren, ist ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Um Wohnraum langfristig zu sichern, ist beim Verkauf ein Weiterveräußerungsverbot festzulegen.“ https://petitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2014/_05/_25/Petition_52559.html

Stadtentwicklung:

Bündnis für Neubau

Bezirke bekommen mehr Stellen für mehr Bauanträge

Das Bündnis für Wohnungsneubau ist unter Dach und Fach. Senat und Bezirke verständigten sich jetzt auf eine Reihe von Maßnahmen zur Beschleunigung von Wohnungsbauprojekten.

Die Bezirke erhalten für die raschere Bearbeitung 49 neue Personalstellen, der Senat sechs. Zur Kontrolle der Zweckentfremdung werden 17 Stellen geschaffen. Stadtentwicklungssenator Michael Müller betonte, Wohnungsneubau sei „in allen Bezirken und Quartieren“ notwendig. Ziel ist es, die Zahl der bewilligten Anträge auf 12.000 pro Jahr zu steigern. Davon würden in der Regel 10.000 Wohnungen auch tatsächlich

gebaut. Da die Bezirke unterschiedliche Potentiale für Neubau haben, wurden feste Quoten vereinbart. So werden in Neukölln nur etwas über 200 Wohnungne entstehen können, während in Friedrichshain-Kreuzberg (1693 Genehmigungen), Mitte (1616), Treptow-Köpenick (1581), sowie Lichtenberg (1334) deutlich mehr möglich ist. Eine „Sprinterprämie“ von 500 Euro wird dem Bezirk pro Wohnung gezahlt, wenn die Genehmigung innerhalb von sechs Monaten nach Vorliegen aller notwendigen Unterlagen erteilt wird. Ein weiteres Neubaubündnis ist mit den Wohnungsbau-gesellschaften geplant.

BS □

Kultur & Geschichte:

Drei Kartoffeln und eine Revolution

Geschichte entdecken: Ein Projekt von August Bebel Institut und Grips-Theater

1848 - Wofür lohnt es sich auf die Straße zu gehen? Was würden wir in Kauf nehmen, um bessere Verhältnisse zu erkämpfen? Fragen, die immer aktuell bleiben, werden im Roman „1848 - die Geschichte von Jette und Frieder“ von Klaus Kordon und in dessen Inszenierung am GRIPS-Theater diskutiert. Am 17. Juni 2014 fand Uraufführung des Stücks in In der Regie von Frank Panhans als ein rauschendes Revolutions-theater statt.

Frieder ist ein siebzehnjähriger Zimmergeselle, der sich in die fünfzehnjährige Jette in seinem Haus, Rosenstraße 7, verliebt hat. Um sie für sich zu gewinnen, legt er ihr jeden Morgen drei Kartoffeln vor die Tür. Als sich im April 1847 die Kartoffelpreise plötzlich verdreifachen, wird es kritisch. Die Berliner „Kartoffelrevolution“ zieht Frieder in die Ereignisse hinein. Wo der doch nur das Mädchen gewinnen möchte, stellt er fest, dass auch Kartoffeln politisch sind. Er wird für acht Monate in die Hausvogtei eingesperrt.

Frieder wird zum Revolutionär. Animiert von Freunden hält er eine Rede als Volkskönig „Friedrich Wilhelm V.“. Hier formuliert er die Forderungen der Zeit, die im Roman historisch korrekt, im Theaterstück modern formuliert sind.

Geschichte wird im Rahmen des Schicksals von Jugendlichen lebendig. Ein Berlin wird gezeigt, das es schon lange nicht mehr gibt. Wenige Bauten wie die Marienkirche oder der Gendarmenmarkt sind noch erhalten. Die Rosenstraße hat sich völlig verändert, das Armenviertel „Vogtland“ zwischen Brunnen- und Ackerstraße ist heute weitgehend aus dem Gedächtnis verschwunden.

EIN POCKET UND FÜNF REVOLUTIONÄRE STATIONEN

Eine hervorragende Möglichkeit, anhand des Stücks die Geschichte von 1848, die Geschichte Berlins und die sich anknüpfenden politischen Fragen zu vertiefen. Das August Bebel Institut hat in Kooperation mit dem Grips-Theater ein Pocketheft entwickelt, das den Interessierten methodische, historische und geographische Orientierung gibt. Vorbereitet wurde das Heft mit Hilfe eines Workshops, der Ende April mit 40 Schülerinnen und Schülern aus dem 8. Jahrgang eines Tempelhofer und eines Neuköllner Gymnasiums stattfand. Dieses Pocket-Heft macht die Stadt Berlin mit ganz neuem Blick erlebbar - mit einem Stadtspiel.



1848: Die Aufführung im Grips-Theater.

Foto: Hans Friedrich / Grips Theater

1848 Pocket: Präsentation

Das August Bebel Institut lädt herzlich ein zur Präsentation des 1848 Pocket am Donnerstag, 4. September 2014, 17 Uhr: Stationen von 1848 in Berlin Mitte - Stadtführung

Mit: Reinhard Wenzel, Historiker; Beitrag: 5 €, Anmeldung bis 25. August August Bebel Institut, kontakt@august-bebel-institut.de

19 Uhr: Kick off für das Pocket im Rahmen des „kulturhappen: Demokratie in Fesseln?“ des GRIPS-Theater mit Klaus Kordon u.v.a. im Wildes Palais / Eintritt frei / Podewil, Klosterstr. 68

Zu den fünf Stationen gehörte auch die Auseinandersetzung mit dem Thema „Macht“ auf dem Schloßplatz. Heraus kam hier ein Text für ein „Lebendiges Mikrofon“ (siehe Text der Jugendlichen), der vor Ort von einer Person satzweise vorgesagt und dann von der Gruppe laut wiederholt wird.

Das Pocketheft bietet die Möglichkeit, sich selbständig im alten Berlin zurechtzufinden. Das ABI bietet aber auch Stadtrundgänge und Workshops an.

Reinhard Wenzel / Ingo Siebert □

➡ Das Gedenken an die Opfer der Märzrevolution wird auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Ernst-Zinna-Weg / Landsberger Allee, 10249 Berlin, gepflegt. Mehr dazu im Internet: www.friedhof-der-maerzgefallenen.de



Steglitz-Zehlendorf:

Grünstreifen oder Bauland?

Wie ein privater Bauherr von einem öffentlichen Grundstück profitiert

Es ist ein „Schildbürgerstreich“, den das Bezirksamt (BA) Steglitz-Zehlendorf maßgeblich zu vertreten hat. Öffentlich gemacht hat ihn die SPD-BVV-Fraktion mit der inzwischen sechsten Großen Anfrage unter der Überschrift „Grünstreifen die VI.“

Es geht um die Bebauung der „Truman Plaza“. Bereits während der Beratung über den Bebauungsplan im August 2012 hatte sich die SPD-Fraktion für die Absicherung der Rechte und Ansprüche der Bürger und der erforderlichen Infrastruktur eingesetzt. Dazu gehörte z.B. die öffentliche Durchwegung des Geländes, die Festschreibung der erforderlichen Anzahl von Kita-Plätzen sowie die Sicherung der Jugendfreizeitanlage an der Marschallstraße. Die SPD hatte auch schon damals auf die fehlende Planung einer ausreichenden Anzahl von Schulplätzen hingewiesen, was dem Bezirksamt jetzt auf die Füße fällt.

Eine besondere Posse war schon damals, dass GRÜNE und CDU dem Ansinnen der Stofanel Investment AG als Investor entsprachen, eine öffentliche Grünfläche als solche zu entwiden und zu verkaufen, um dort eine Einfahrt für eine Tiefgarage und oberirdische Parkplätze für einen Supermarkt und die anderen Gewerbebetriebe im dortigen Sondergebiet zu errichten. Insbesondere die GRÜNEN im Bezirk schienen die eigene programmatische Lage auf Bundesebene nicht zu kennen, die einer derartigen Vernichtung einer Grünanlage entgegen gestanden hätte.

Ein weiterer Fehler des BA war es, dem Investor durch die Erteilung der Baugenehmigung vor der Beurkundung des Kaufvertrages und der Einigung über die Höhe eines Kaufpreises und der Vereinbarung eines Nutzungszinses bis zur Zahlung des Kaufes den Besitz am Grundstück einzuräumen. Die SPD-Fraktion hatte das scharf kritisiert.

Für das BA, so kann vermutet werden, war eine vorherige Einigung über den Kaufpreis gar nicht nötig, da bereits eine Absprache mit dem Investor getroffen war, dass das Grundstück zum Preis einer „Grünfläche“ und nicht zum Verkehrswert eines Baugrundstücks verkauft werden sollte.

CDU-Stadtrat Schmidt bestreift schwammig, dass es eine Notwendigkeit oder einen Rechtsanspruch für die Erhebung eines Nutzungsentgeltes oder einer Pachtgabe. Die SPD-Fraktion dagegen verwies auf die Landeshaushaltsordnung (LHO), die ausschließt, einem gewerblichen Nutzer ein Grundstück unentgeltlich zu überlas-



Billiges Grundstück, teures Parken. Foto: Semler

sen. Es wurde auch auf die denkbare, strafrechtliche Relevanz (Z.B. Veruntreuung, Untreue pp) hingewiesen, wenn derartige „Geschenke“ gemacht würden. Und schon damals wies die SPD darauf hin, dass der Kaufpreis nur auf der Grundlage des Verkehrswertes ermittelt werden könnte. Es dürfte unbestreitbar sein, dass der Bau von Parkplätzen und der Einfahrt in eine Tiefgarage bauliche Anlagen sind und der restliche - nördliche - Teil des Grundstücks für die von Investor beabsichtigte Bebauung unabdingbar ist.

WAS KOSTET DIE ZUFAHRT ZUR GARAGE?

Die SPD hatte errechnet, dass ein Verkehrswert für diesen „Grünstreifen“ als Bauland zwischen 1,8 und 2,4 Mio. Euro liegen müsste. Tatsächlich soll der Liegenschaftsfonds GmbH (LiFo), der den Verkauf des Grundstücks für das Land Berlin abzuwickeln hat, gutachterlich einen Kaufpreis von mindestens 1,8 Mio. Euro ermittelt haben. Da das BA das Grundstück vermutlich als „Grünfläche“ und nicht als „Bauland“ an den LiFo gemeldet hatte, verweigerte der Investor zunächst die Beurkundung des Kaufvertrages zum Verkehrswert von Bauland. Eine mehrfach von der SPD in der BVV beantragte Akteneinsicht in den Vorgang ist bis heute nicht erfolgt.

Tatsächlich wurde später ein Kaufvertrag zu einem Kaufpreis von etwa 950.000,00 Euro beurkundet, der aber schwebend unwirksam blieb, da ein Zustimmungsvorbehalt der Senatsfinanzverwaltung und eine Zustimmung des Abgeordnetenhauses vorgesehen war.

Nachdem die Gebäude auf dem Sondergebiet durch die Gewerbebetriebe mittlerweile bezogen und der Parkplatz und die Tiefgarage bewirtschaftet werden (Stunde = 1,50 €) und die SPD seit dem Sommer 2012

auf schon fünf große Anfragen ähnlich unzureichende Antworten des BA erhielt, räumte nun Stadträtin Markl-Vietho (Grüne) in der BVV am 19.3.2014 ein, seit Herbst 2013 zu „prüfen“, ob ein Nutzungsentgelt für das Grundstück zu nehmen sei und nannte einen monatlichen Betrag von 6.000,00 €. Dies würde für die Nutzungszeit seit der Übergabe des Grundstücks einen Betrag von rund 300.000,00 € ausmachen, der dem BA bzw. dem Land Berlin aus Unkenntnis oder Inkompetenz bisher „durch die Lappen“ ging.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Thorsten Hippe und Stadträtin Markl-Vietho behaupten fälschlich, der Finanzsenator würde die Abwicklung des Kaufvertrages verhindern, da dieser den beurkundeten Vertrag bisher nicht dem Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vorgelegt habe. Aber der Senator kann wohl kaum einen Kaufvertrag vorlegen, der einen Kaufpreis enthält, der nicht mit der LHO in Einklang ist und ein Geschenk an den Investor von mindestens 900.000,00 € bewirken würde. Der Investor ist derzeit der einzige Nutznießer der vom BA ausgelösten „Hängepartie“ - und nicht der Finanzsenator.

Wir werden dem BA seine PPP-Projekte (Pleiten-Pech-Pannen) nicht durchgehen lassen und haben den Landesrechnungshof gebeten, das Bezirksamt und den Finanzsenator bei der Kaufpreisfindung und der Durchsetzung des Nutzungsentgeltes zu unterstützen. Die Senatsverwaltung und die SPD Spitze des Abgeordnetenhauses wurden durch Abschriften des Briefes an den Landesrechnungshof über den vorstehend geschilderten Sachverhalt informiert.

Diese Vorgehensweise wurde auch deshalb nötig, da sich der Justizsenator Thomas Heilmann, zugleich CDU-Kreisvorsitzender, für den Investor stark gemacht hatte und mit einem Rechtsgutachten meinte, begründen zu können, dass das BA durch sein Verhalten einen „Vertrauensstatbestand“ begründet habe, der die Stofanel AG berechtigen würde, nur den geringeren Kaufpreis für Grünland zu bezahlen. Offenbar hatte der Gutachter nicht den damals für Stadtplanung zuständigen Stadtrat Uwe Stäglin (SPD) gefragt, der bestätigt hat, dass er keinen Zweifel daran gelassen hatte, dass die Stofanel AG für Bauland auch den Kaufpreis nach einem Verkehrswert für Bauland zahlen müsse.

Volker Semler, stellvertretender BVV-Vorsteher und Sprecher der SPD Fraktion im Stadtplanungsausschuss der BVV Steglitz-Zehlendorf □

Tempelhof:



Michael Müller bei der Büroeröffnung.

Michael Müller lud in sein Wahlkreisbüro

Knapp 100 Gäste, darunter viele Vertreter von Vereinen und Verbänden, Nachbarn und BürgerInnen aus dem Kiez sowie der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, sind der Einladung von Michael Müller zur Eröffnung seines Wahlkreisbüros in der Manfred-von-Richthofen-Straße in Neu-Tempelhof am Montagabend gefolgt.

Das Wetter meinte es gut mit der Veranstaltung. 22 Grad und Sonnenschein lockten viele Gäste vor die Tür des Wahlkreisbüros, darunter u.a. auch die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler, den Stadtrat für Jugend, Ordnung und Bürgerdienste, Oliver Schworck, den Fraktionsvorsitzenden der SPD in der BVV Tempelhof-Schöneberg, Jan Rauchfuß, die Kreisvorsitzende der SPD Tempelhof-Schöneberg, Dilek Kolat, den Kreisvorsitzenden der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Christian Gaebler, sowie den Abgeordnete aus Mariendorf, Frank Zimmermann.

Michael Müller brachte in seiner Begrüßungsrede zum Ausdruck, dass er dankbar für die Möglichkeit sei, mit einem Büro als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Wahlkreis präsent sein zu können. Er betonte, dass das Wahlkreisbüro ein Ort des Austauschs und der Begegnung sein soll, wo man ein offenes Ohr für die Anliegen, Anregungen und Kritik der Menschen im Kiez hat.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, sprach in seinem Grußwort vom „Müllerkiez“, in dem sich das Wahlkreisbüro befände und erzeugte damit viel Schmunzeln. Er machte deutlich, dass es eine gute und richtige Entscheidung des Abgeordnetenhauses gewesen sei, die Möglichkeit für die Abgeordneten zu schaffen, vor Ort im Wahlkreis Bürgerbüros zu etablieren.

Der Landesvorsitzende der SPD Berlin, Jan Stöß, überreichte Michael Müller ein „Müller-Trikot“ als Geschenk. **BS**

Mitte:

„Die Sucht bekämpfen“

SPD-Fraktion will weniger Spielautomaten in Gaststätten

Die SPD Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte sieht sich in ihrem Anliegen bestätigt, die Regelungen für das Aufstellen und den Betrieb von Geldspielautomaten zu verschärfen,

Ende Dezember 2012 hatte die BVV auf Initiative der SPD Fraktion den Senat gebeten, sich ggf. durch eine Bundesratsinitiative für eindeutige Regelungen für das Aufstellen und den Betrieb von Geldspielautomaten in der Gastronomie einzusetzen, um ein Unterlaufen des Berliner Spielhallengesetzes zu verhindern. Im Frühjahr 2013 teilte das Bezirksamt dann mit, dass sich die Senatsverwaltung für eine Reduzierung der Anzahl der Geldspielgeräte in Gaststätten einsetzt und sich ein Gesetzesentwurf in der Ressortabstimmung des Bundes befindet, der das Ziel hat, die Spielverordnung (SpielV) entsprechend auszugestalten.

„Nach neuester Entwicklung“, so Martina Matischok, Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Mitte, „sollen künftig in Gastronomiebetrieben nur noch zwei statt drei Spielautomaten erlaubt sein. Immer noch zwei zuviel, aber dennoch ein Schritt in die richtige Richtung.“

Martina Matischok ist erleichtert, dass der weitere Schutz der Spielerinnen und Spieler durch Gesetzesnovellierung geplant ist. Zur Kontrolle der Einhaltung des Berliner Spielhallengesetzes, der Jugendschutzregelungen und zur Suchtprävention bedurfte es daneben weitergehender gesetzlicher Bestimmungen insbesondere im Bereich des Gaststättengesetzes.



Verführung zur Sucht?

Foto: Horb

„Es wird bei erfolgter Änderung der Rechtslage dann auch gelingen, dass der maximale Verlust pro Stunde von 80 € auf 60 € herabgesetzt und gleichzeitig der maximale Gewinn pro Stunde von 500 € auf 400 € reduziert wird“, sagt Martina Matischok. „Noch wichtiger“, ergänzt sie, „ist das vorgesehene Verbot des Punktspiels, wonach Geldbeträge in Punkte umgewandelt, Spielerinnen und Spieler damit den Bezug zum Geldeinsatz verlieren und zusätzlich alle gesetzlichen Regelungen hinsichtlich maximalen Verlusts und Gewinns umgangen wurden.“

Noch befindet sich der Entwurf im sogenannten Notifizierungsverfahren bei der EU-Kommission zur Bestätigung. Erst mit dieser wird das Gesetz vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommen und in Kraft treten. Geplant ist dies für Herbst 2014.

PM □

Pankow:

„Menschenverachtende Ideologie“

Rechtsradikale griffen erneut SPD-Infostand in Buch an

Erneut haben Neonazis einen Infostand der Pankower SPD im Bucher Zentrum angegriffen.

Am Vormittag des 21. Juni erschienen gegen 11.30 Uhr erschienen Ortsbekannte NPD-Mitglieder und Mitläufer, griffen mehrere SPD-Mitglieder am Stand tätlich an, machten Fotos und bedrohten eine Person mit Pfefferspray. Als die Polizei nach etwa 20 Minuten erschien, befand sich die Gruppe der Neo-Nazis weiterhin in der Nähe des SPD-Infostandes

Auch die Polizei wurde beleidigt. Unbeeindruckt von der Gewalt sprachen die Mitglieder der SPD Pankow mit den Bucherinnen und Buchern und führten ihren Infostand bis zum Ende durch. Keinen Erfolg hatten Versuche der Rechtsextremen, die

Bürgerinnen und Bürger davon abzubringen, Infomaterial entgegenzunehmen.

„Die Ereignisse wie auch weitere Geschehnisse während dieser Woche zeigen wie dringend es nötig ist, dass die demokratischen Parteien Pankows im Norden des Bezirkes die Zivilgesellschaft bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht allein lassen“, so der Vorsitzende der SPD Pankow Alexander Götz. Buch und Karow sind jetzt Kampagnenschwerpunkte der SPD. „Wir dürfen den Neonazis in Buch und anderswo in Berlin keinen Raum für ihre Gewaltandrohungen und menschenverachtende Ideologie lassen“, sagte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Er erwartet „auch von der Polizei ein aktiveres Vorgehen“ **PM/BS □**



SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi, Jan Stöß und Manuela Schwesig auf dem CSD-Wagen der Schwusos. Foto: Hans Kegel

Queer-Sozis:

„Noch lange nicht am Ziel“

CSD-Aktionsbündnis mit klarer politischer Botschaft

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahim haben auf dem CSD in Berlin deutlich gemacht, wie wichtig eine gerechtere, moderne und weltoffene Gesellschaft ohne Ausgrenzung ist.

„Themen wie Öffnung der Ehe, vollständiges Adoptionsrecht, Entschädigung der Opfer des §175 StGB oder Reform des Trans* und Intersexuellen-Gesetzes sind ein klarer Auftrag“, so die Berliner Schwusos (Queer-Sozis) in einer Erklärung zum CSD.

Eröffnet hatten den Demonstrationzug Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ma-

nuela Schwesig. „Berlin steht an diesem Wochenende ganz im Zeichen des Engagements für die Rechte von Lesben, Schwulen, Trans- und Intersexuellen“, sagte Klaus Wowereit.

„Unsere Stadt“, so Wowereit, „ist eine offene und tolerante Metropole, in der jede und jeder nach seiner Fassung selig werden kann. Dennoch ist uns allen bewusst, dass wir in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die LGBT-Forderungen noch lange nicht am Ziel sind. Das gilt national, Stichwort: volles Adoptionsrecht und Gleichstellung mit der Ehe, und das gilt international, denn in einer großen Zahl von Staaten gibt es noch immer teils brutale Unterdrückung von Lesben und Schwulen.“

BS □

Faire Verfahren für Flüchtlinge

AG Migration gegen das Prinzip „sicherer Herkunftsstaaten“

Die AG Migration und Vielfalt lehnt das Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“ grundsätzlich ab, so Aziz Bozkurt, Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der AG, anlässlich einer öffentlichen Anhörung zu dieser Frage im Innenausschuss des Bundestages in der vergangenen Woche.

„Als Resultat des sogenannten Asylkompromisses ist es nur ein Mittel zur Einschränkung des Asylrechts“, so Bozkurt. „Dieses Prinzip wird den individuellen Asylgründen nicht gerecht. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen Staaten als prinzipiell ‚sicher‘ definiert werden. Jeder Flüchtling verdient ein faires Verfahren!“

Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina sollen auf Druck der CDU/CSU asylrechtlich als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Über einen dazu vorgelegten Gesetzentwurf der

Bundesregierung (18/1528, 18/1766) beriet der Innenausschuss des Bundestages jetzt. Sichere Herkunftsstaaten sind nach dem Asylverfahrensgesetz Staaten, bei denen aufgrund der allgemeinen politischen Verhältnisse die gesetzliche Vermutung besteht, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet (§ 29a AsylVfG).

Maja Lasic*, stellv. Vorsitzende der AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin: „Das Beispiel Mazedonien macht deutlich, wie willkürlich die Einstufung „sicheres Herkunftsland“ ist: das Land ist zerrissen von nationalen Konflikten. Gewerkschaften können nicht frei agieren. Meinungs- und Pressefreiheit werden eingeschränkt. Angesichts der Lage vor Ort ist das Ziel der Union - das Asylrecht weiter zu unterhöhlen - mehr als offensichtlich. Die Schicksale der Betroffenen werden einfach ignoriert.“

PM □

FRAKTION INTERN

Sondervermögen für die wachsende Stadt. Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus haben am 2. Juli gemeinsam neue Beschlüsse und Vorhaben vorgestellt. „Wir werden ein Sondervermögen ‚Infrastruktur der Wachsenden Stadt‘ anlegen“, sagte SPD-Fraktionschef Raed Saleh. Denn steigende Einnahmen können nicht einfach „verfrühstückt“ werden. Von den jährlichen Haushaltsüberschüssen des Landes Berlin soll künftig die Hälfte in dieses Sondervermögen fließen. „Wir wollen nachhaltig investieren in unsere Stadt, beispielsweise in die Sanierung und den Ausbau von Einrichtungen im Bildungs- und Sportbereich, und der Verkehrsinfrastruktur“, unterstrich Saleh. Auch die Finanzierung von Sportanlagen und Multifunktionsbädern soll damit ermöglicht werden. Der Sondervermögensfonds wird durch das Parlament gesteuert.

Klar ist zudem, dass die Koalition weitere Schulden tilgen wird. „Wir müssen auch die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sichern“, sagte Saleh. Die andere Hälfte der Haushaltsüberschüsse soll deshalb für die Schuldentilgung verwendet werden. „Es geht bei Haushaltspolitik immer um Verantwortung und Augenmaß“, betonte der SPD-Fraktionschef. Spielräume sollen nicht konsumptiv genutzt werden und die Stadt dann langfristig belasten. Es gilt also weiterhin nicht das Gießkannenprinzip, aber Investitionen werden gestärkt. Bereits in den vergangenen Haushalten hat die Koalition zusätzliche Mittel für die wachsende Stadt bereit gestellt - zum Beispiel in den Bereichen Bildung und Wohnungsneubau - und Schulden getilgt.

Einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens hat die SPD-Fraktion seit Oktober 2013, er wurde vom haushalts- und finanzpolitischen Sprecher erarbeitet. Der entsprechende Haushaltstitel für das Sondervermögen ist schon im Doppelhaushalt 2014/15 verankert worden. Die Koalition wird in den Gesetzentwurf in der zweiten Jahreshälfte beraten und beschließen.

Lückenschluss bei Beamtenbesoldung ab August. Bereits im August wird der schrittweise Lückenschluss bei der Beamtenbesoldung beginnen. Die Besoldung wird im Jahr 2014 um 3 Prozent erhöht, 2015 um 3,2 Prozent. Außerdem sollen künftige Besoldungserhöhungen in Berlin pro Jahr 0,5 Prozent über dem Durchschnitt der anderen Bundesländer erfolgen, um so die Anpassung zu schaffen. „Das bedeutet eine Trendwende und ist für unsere Polizistinnen und Polizisten, für unsere Justizbeamten und alle Berliner Beamten eine gute Nachricht“, sagte SPD-Fraktionschef Raed Saleh.

cs □

ASF:

„Die Interessenvertretung der Frauen“

Berliner ASF-Delegation auf der Bundeskonferenz - Margrit Zauner weiter im Bundesvorstand

Mit einer Vielzahl wichtiger Beschlüsse ist die Berliner Delegation von der ASF-Bundeskonferenz zurückgekehrt. Im Rahmen der Debatte „Zeit für Europa“ hat die ASF-Bundeskonferenz eine eigene Kommissarin für Gleichstellung gefordert. Europäische Gleichstellungspolitik muss sowohl in einer eigenen Generaldirektion gebündelt werden, als auch als Querschnittsthema in den anderen Generaldirektionen einen höheren Stellenwert erhalten, so die ASF.

Darüber hinaus forderte die ASF, dass Europa gleichstellungspolitisch mit gutem Beispiel voran gehen und die neue EU-Kommission paritätisch besetzt werden muss. Bisher sind nur neun Frauen in der 28 Mitglieder umfassenden Kommission.

Die Konferenz bestätigte die bisherige ASF-Vorsitzende Elke Ferner in ihrem Amt, wiedergewählt als Beisitzerin wurde die Berliner Margrit Zauner, die seit 1980 auf Orts-, Kreis- und Landesebene in der Berliner SPD aktiv ist. Eva Högl, Landesvorsitzende der Berliner ASF: „Ich gratuliere Margrit Zauner sehr herzlich zur ihrer Wiederwahl in den Bundesvorstand der ASF. Sie setzt sich in der SPD und beruflich seit vielen Jahren für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Mit ihr haben wir ei-



Berliner Delegierte mit der ASF-Bundesvorsitzenden auf der Bundesfrauenkonferenz: v.l. Martina Hartleib, Carolyn Macmillan, Eva Högl, Julia Hasse, Ellinor Trenczek, Elke Ferner, Margrit Zauner, Gisela Pravda, Sabine Röhrbein, Susann Budras.
Foto: ASF Berlin

ne fundierte, kompetente und kämpferische Stimme im Bundesvorstand. Wir, die Berliner ASF und alle Gliederungen der ASF bundesweit, vertreten die Interessen der Frauen in allen Belangen. Jede gesellschaftliche Entwicklung, jede Veränderung ist auf ihre Auswirkung auf Frauen – im Berufsleben und der Familie – hin zu überprüfen. Kritisch wirken wir dabei in die SPD und nach außen. Die Berliner Frauen werden durch Margrit Zauner im Bundesvorstand hervorragend vertreten.“

Berlins Arbeits- und Integrationssenatorin Dilek Kolat sprach bei der Bundesfrauenkonferenz zum Thema „Zeit für Vielfalt“.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi hat auf der ASF-Bundeskonferenz in Karlsruhe davor gewarnt, die Augen vor Gewalt gegen Frauen zu verschließen. „Wer glaubt, dass Gewalt gegen Frauen kein Thema ist oder Privatsache, der irrt nicht nur gewaltig. Der macht sich schuldig einer kollektiven Verdrängung. Wir dürfen aber nicht wegschauen“.

„Wir wollen den Stillstand in der Frauen- und Gleichstellungspolitik beenden“, so die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig. Dazu gehört für sie die Beseitigung der Lohndiskriminierung und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. **BS □**

AG 60plus:

Seniorenpolitik in Brandenburg

Tagesfahrt der AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf nach Potsdam und Ferch

Ein Besuch des Landtags in Potsdam und ein Wildschweinessen in Ferch standen auf dem Programm einer Tagesfahrt, zu der die AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf ihre Mitglieder jetzt eingeladen hatte.

Bei schönem Wetter konnte das Mittagessen in angenehmer Umgebung im Garten des Restaurants eingenommen werden. Im Brandenburger Landtag war die Gruppe mit Prof. Dr. Sieglinde Heppner verabredet, Sie ist SPD-Landtagsabgeordnete und dort im Ausschuss Arbeit, Soziales, Frauen und Familie tätig sowie Vorsitzende des Brandenburger Seniorenbeirats.

In viel zu knappem Zeitrahmen berichtete sie viel über Brandenburgs Seniorenpolitik, vom Wunsch rüstige, leistungswillige Seniorinnen und Senioren nicht zwangsläufig zu verrenten und wie die Seniorenbeiräte im Land und in den Kommunen Gehör finden bzw. mitarbeiten.

Der Landtagswahlkampf wirft seine



Sieglinde Heppner mit einem Gastgeschenk der AG 60plus, überreicht vom Landesvorsitzenden Werner Kleist, dem Fraktionsvorsitzenden Holger Wuttig und dem Kreisvorsitzenden der AG 60plus Charlottenburg Norbert Wittke. Foto: Duclos

Schatten voraus. Genossin Heppner berichtet vom Speckgürtel um Berlin und von Dörfern in der Fläche die immer mehr Bewohner verlieren. Der Bevölkerungsschwund in den Dörfern führt zu Proble-

men wie z.B. der Verringerung des ÖPNV-Angebots, einfach wegen zu geringer Nachfrage. Jetzt fährt der Bus eben nur noch fünfmal am Tag. Besuch von Schule, Kita, Arzt, Krankenhaus und Einkaufsmöglichkeit u.s.w. werden somit schwieriger und wieder ziehen die, die können, weg. Die Grundversorgung ist problematisch. Neben vielen regionalen Themen sind auch BER und Braunkohletagebau wichtige Themen, sagte Genossin Heppner.

Den Landtag mit seiner wunderschönen, der alten Stadtschlossfassade nachempfundenen Außenfassade, hat die Gruppe besichtigt. Ebenso auch die halbjährlich wechselnde Kunstaussstellung. Zum krönenden Abschluss nahmen alle im Plenarsaal Platz. Der Plenarsaal ist so konzipiert, dass bei einer Länderfusion Brandenburger und Berliner Abgeordnete dort ausreichend Platz haben würden.

Norbert Wittke, Kreisvorsitzender AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf □

Arbeitsmarkt:

„Bedacht und vorsichtig“

Forscher: Mindestlohn kostet keine Jobs

Die jahrelange Auseinandersetzung hat ein Ende. Am 5. Juni beriet der Bundestag in 1. Lesung über den Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie, mit dem der Mindestlohn umgesetzt werden soll. Am 4. Juli erfolgt die Schlussabstimmung. Dass die SPD das Land damit auf den richtigen Weg bringt, bestätigen neueste Untersuchungen.

In einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung haben Prof. Dr. Gerhard Bosch und Dr. Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen den in- und ausländischen Forschungsstand zu Niedrig- und Mindestlöhnen umfassend aufgearbeitet. Dass in der deutschen Debatte um eine allgemeine Lohnuntergrenze nach wie vor „teilweise apokalyptische Drohungen“ mit Arbeitsplatzverlusten kursierten, erklären die Forscher auch damit, dass neuere Erkenntnisse aus internationalen Untersuchungen auch in Expertenkreisen noch „vielfach ignoriert“ würden. Dabei seien die Voraussetzungen für eine erfolgreiche und problemlose Einführung des Mindestlohnes günstig, konstatieren Bosch und Weinkopf: Deutschland zählt nach Studien der EU zu den Innovationsführern in Europa, daher könnten Betriebe gut mit Effizienzsteigerungen auf die Lohnuntergrenze reagieren. Dies gelte auch für Klein- und Mittelbetriebe. Die Qualifikation der meisten Beschäftigten im Niedriglohnbereich erleichtere die Einführung des Mindestlohns ebenfalls: Gut drei Viertel der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro haben einen beruflichen oder akademischen Abschluss.

KEINE AUSNAHMEN VOM MINDESTLOHN

Das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung nennen die IAQ-Forscher auch mit Blick auf Erfahrungen aus dem Ausland „bedacht und vorsichtig“: Die Unternehmen hätten mehr als ein Jahr Zeit erhalten, um sich auf den Mindestlohn vorzubereiten. Zudem gebe es die Möglichkeit, durch allgemeinverbindliche Tarifverträge bis Ende 2016 das Lohnniveau schrittweise anzupassen.

Die Perspektive, den Mindestlohn frühestens 2017 oder 2018 anzupassen, räume der Wirtschaft zusätzlich „lange Anpassungsfristen mit einem moderaten Mindestlohnniveau ein“. Ausnahmen vom allgemeinen Mindestlohn sehen die Forscher kritisch: Sie würden „Tür und Tor für die



Forderung erfüllt: Auf Druck der SPD wird der Mindestlohn eingeführt. Foto: Horb

Nichteinhaltung des gesetzlichen Mindestlohns öffnen“. Außerdem erschwerten „Ausnahmeregelungen die Effektivität von Kontrollen“. Eine konsequente Überprüfung der Einhaltung und abschreckende Sanktionen bei Verstößen seien aber entscheidend für die Akzeptanz bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern: „Die Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, dass ein Mindestlohn bei den Unternehmen akzeptiert wird, wenn sie sicher sein können, dass er auch von Konkurrenten bezahlt wird.“

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt grundlegend geändert, so Bosch und Weinkopf. Die „traditionelle Verknüpfung von wirtschaftlicher Effizienz und gesellschaftlicher Solidarität“ habe sich aufgelöst. Der Niedriglohnbereich ist auf ein auch im europäischen Vergleich sehr hohes Niveau gewachsen: So lag der Anteil der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro 2012 zwischen knapp 14 und knapp 20 Prozent - je nachdem, ob die vertraglichen oder die tatsächlichen Arbeitszeiten zugrunde gelegt wurden. Das entspricht zwischen 4,7 und 6,8 Millionen Menschen.

Die positiven Erwartungen, die hiermit verbunden waren, seien nicht eingetreten, konstatieren die Forscher. „Weder haben sich die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter verbessert noch ist prekäre Arbeit zum Sprungbrett in reguläre Beschäftigung geworden.“

Dadurch, dass Deutschland mit einem gesetzlichen Mindestlohn deutlich länger gewartet habe als die meisten Nachbarn, sei das Lohnsystem hierzulande „nach unten stark ausgefranst“. Im Jahr 2012 verdienten mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte weniger als 6 Euro pro Stunde. Die Einführung des Mindestlohns bezeichnen die

Forscher vor diesem Hintergrund als „eine der größten Sozialreformen der Nachkriegszeit“.

In der ökonomischen Theorie lasse sich kein strikter Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigung ableiten, betonen Weinkopf und Bosch. Nur unter sehr restriktiven Modellannahmen seien die Auswirkungen eindeutig negativ: In einer statischen Wirtschaft ohne Arbeitgeberübermacht, ohne dynamische Unternehmer und Beschäftigte und ohne staatliche Innovations- und Bildungspolitik würde eine gesetzliche Lohnuntergrenze zwangsläufig Jobs kosten. Mit der Realität hätten entsprechende Modelle allerdings wenig zu tun, urteilen die Gutachter. Zum einen dürften höhere Löhne im unteren Einkommensbereich erhebliche Nachfrageeffekte auslösen, da die betroffenen Gruppen zusätzliches Einkommen weitgehend konsumieren. Zum anderen sei in der Regel davon auszugehen, dass ein Machtgefälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht. In diesem Fall könne ein Mindestlohn sogar zu mehr Beschäftigung beitragen.

Darüber hinaus sei die Produktivität von Beschäftigten keine feststehende Größe. Bei Einführung eines Mindestlohns könnten die Unternehmen durch neue Technologien, Weiterbildung und Veränderungen der Arbeitsorganisation ihre Effizienz erhöhen. Die Voraussetzungen dafür seien in Deutschland günstig, weil der Anteil der qualifizierten Beschäftigten im Mindestlohnbereich größer sei als in vielen anderen Ländern und die Unternehmen generell innovativ, konstatieren die Forscher. Weiterhin steigen im ökonomischen Modell durch höhere Löhne die Motivation, die Leistung sowie die Betriebsbindung der Beschäftigten. Letztlich müssten Arbeitsmarkteffekte von Mindestlöhnen aber empirisch erforscht werden.

Neuere Studien und Meta-Analysen kommen navj Angaben der neiden Wissenschaftler ganz überwiegend zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen gering sind. Auch die Evaluationen zu den Wirkungen der Branchenmindestlöhne in Deutschland, die teilweise deutlich über 8,50 Euro liegen, sind im Jahr 2011 übereinstimmend zum Ergebnis gekommen, dass sich keine negativen Beschäftigungseffekte feststellen ließen.

Bosch und Weinkopf werten es positiv, dass die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns nach den Plänen der Bundesregierung in ein Maßnahmenbündel zur Stärkung der Tarifautonomie eingebettet ist. Dies sei wichtig, da - wie andere Länder zeigen - nur eine Kombination von Mindestlohn und Stärkung der Tarifverträge zu einer wirksamen Eindämmung des Niedriglohnbereichs beitragen könne.

1914:

„Gegen den Krieg müssen wir uns wenden“

Berliner Sozialdemokratie organisierte im Juli 1914 über 30 Kundgebungen

Da der Panslawismus Russlands die slawischen Balkannationen in deren Unabhängigkeitsbestrebungen fort von Istanbul und Wien massiv unterstützte, wurde der Balkan zum Pulverfass, das den Kriegsausbruch bewirkte. Am 28. Juni 1914 wurde in Sarajewo das österreichische Thronfolgerpaar, Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie, durch die Schüsse des serbischen Nationalisten Gavrilo Princip erschossen.

Wilhelm Dittmann, einer der SPD-Reichstagsabgeordneten, die 1915 erstmals gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmten, erinnerte sich: „Das Attentat von Sarajewo führte zu wochenlangen Verhandlungen der deutschen und der österreichischen Regierung über die Frage, ob und wie die Tat gegen Serbien, das man ohne Beweise der Mitwisserschaft beschuldigte, politisch und militärisch auszunutzen sei.“ Die durch das Attentat geschaffene Lage kam den politischen Akteuren im Reich sehr gelegen, man forderte, „die serbische Frage radikal zu lösen, und von der „nationalen“ Öffentlichkeit in Deutschland durfte man erwarten, dass sie die Forderung nach ‚Satisfaktion‘ so unterstützen würde, wie das der zeitgenössischen Duellmentalität entsprach.“ (Heinrich August Winkler) Dabei nahmen die Regierenden billigend in Kauf, dass ein solcher Krieg lokal kaum zu begrenzen sei, da Russland, Frankreich und England einerseits und das Deutsche Reich andererseits bündnispolitisch mit Bestimmtheit in die Kriegshandlungen hineingezogen werden würden. Mancher hoffte gar auf den großen Krieg. Ein „Hineinschlittern“ - wohl kaum.

Schließlich erteilte die deutsche Regierung der Regierung in Wien jenen verhängnisvollen „Blankoscheck“, der die Ereignisspirale beschleunigte: Reichskanzler Bethmann Hollweg machte am 6. Juli 1914 klar, dass es an Österreich-Ungarn liege, zu beurteilen, was geschehen müsse, um das Verhältnis zu Serbien zu klären. Die Regierung in Wien könne hierbei - wie auch immer die Entscheidung ausfallen möge - mit Sicherheit darauf rechnen, dass Deutschland als Bundesgenosse hinter ihr stehe. Im Grunde drängte die deutsche Regierung unter Theobald von Bethmann-Hollweg auf einen Präventivkrieg und trieb Wien daher zur Eile.

Wien stellte vor diesem Hintergrund am 23. Juli 1914 der serbischen Regierung ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum mit weit reichenden Forderungen. Wien forderte von Belgrad die völlige Einstellung al-



Vorwärts am 25. Juli 1914: „Wir wollen keinen Krieg.“ Foto: Horb

ler gegen die Habsburgermonarchie gerichteten Propaganda und vor allem die eigene Beteiligung an Maßnahmen zur Niederschlagung der antihabsburgischen Bewegungen und an der Untersuchung des Attentats. Da diese Forderungen Wiens einem eklatanten Eingriff in die Souveränität Serbiens gleichkamen und ein Höchstmaß an Misstrauen und Geringschätzung zum Ausdruck brachten, waren sie für Belgrad im Grunde nicht annehmbar. Die serbische Regierung reagierte am 25. Juli durchaus entgegenkommend und diplomatisch geschickt und lehnte lediglich aus Souveränitätsgründen die Beteiligung Wiens an den gerichtlichen Untersuchungen ab. Noch am 28. Juli brach Wien die diplomatischen Beziehungen zu Belgrad ab, befahl die Teilmobilmachung und erklärte Serbien den Krieg.

In dieser dramatischen Lage veröffentlichte der Parteivorstand der SPD am 25. Juli 1914 einen Aufruf zur Veranstaltung von Massenversammlungen für den Frieden.

Darin verurteilte der Parteivorstand scharf und ausdrücklich die Kriegsprovokation des Habsburgerreichs gegen Serbien und forderte die deutsche Reichsregierung auf, mäßigend auf die Regierung in Wien einzuwirken. „Kein Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gwaltthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.“ Der Parteivorstand rief die deutsche Arbeiterklasse auf, „sofort in Massenveranstaltungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proleta-

riats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gwaltthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Arbeiterverbrüderung!“ Die deutsche Arbeiterbewegung, so schien es, war bereit, den Kampf gegen den Krieg entschlossen aufzunehmen.

Allein in der Hauptstadt fanden 32 Antikriegskundgebungen mit rund 30.000 Teilnehmern statt, für das gesamte Reich schwankten die Schätzungen zwischen einer halben Million und „Millionen von Versammlungsteilnehmern“. In der „Brauerei Friedrichshain“ trat der Reichstagsabgeordnete Oskar Cohn auf. Zehntausende protestierten „Unter den Linden“ gegen den drohenden Krieg. Weitere Kundgebungen fanden u.a. im Gewerkschaftshaus, in den „Germania-Sälen“, im Moabiter Gesellschaftshaus, in den „Berliner Musiker-Sälen“ und in den „Pharus-Sälen“ in der Müllerstraße 142 statt. Von einer Kriegsbegeisterung der Arbeiterschaft konnte laut dem „Vorwärts“ vom 29. Juli also nicht die Rede sein: „Es ist also nicht wahr, dass die großen Massen dieser Länder sich in kriegerischer Stimmung befinden. Sie wollen vielmehr allen Chauvinisten zum Trotz den Frieden der Welt“ hieß es mit Blick auf die gleichzeitig stattfindenden Proteste z.B. in Brüssel, die von der II. Internationale organisiert wurden und mit denen die Arbeiterbewegung der Katastrophe im letzten Moment zu begegnen suchte.

In den „Armin-Hallen“ in der Kommandantenstraße 58/59 sprach der SPD-Reichstagsabgeordnete und Vorwärts-Redakteur Arthur Stadthagen, von dieser Veranstaltung liegt im Landesarchiv eine Polizeimit-schrift vor. Um 8 Uhr abends begann diese Veranstaltung der SPD Groß-Berlins und wurde laut Polizeibericht „von 750 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Den Ausführungen des Referenten wurde mit stellenweise stürmischem Beifall gefolgt“.

Stadthagen eröffnete seine Rede mit den Worten „Gegen den Krieg müssen wir uns wenden, insbesondere dagegen wenden, dass Deutschland in den Krieg hinein gezogen wird. Sie wissen, dass Österreich-Ungarn plötzlich unannehmbare Forderungen an Serbien gestellt hat, Forderungen, die gleich waren einer Kriegserklärung.

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Heute ist offiziell diese Kriegserklärung abgegangen.“ Weiter führte er aus: „Österreich will den Krieg. Das geht mit aller Deutlichkeit aus dem bürgerlichen Blätterwald in Österreich hervor. Und das alles aus imperialistischen Rücksichten. Man will annektieren, man will das Völkergemisch, das sich Österreich nennt, um ein weiteres Serbien vergrößern, damit die serbische Nation als solche nicht zusammenkomme“.

Abhebend auf die Ablenkungsfunktion des Krieges für die innenpolitische Lage der K.u.K.-Monarchie folgerte Stadthagen: „Der Krieg ist erklärt. 50 Millionen Österreich-Ungarn werden gegen die 4 - 5 Millio-

nen Serben kämpfen. Man wartet darauf, dass Russland sich hineinmische, damit dann auch die übrigen Großmächte sich in den Krieg hineinstürzen.“ Er forderte die Reichsregierung auf, dass sie „ihre Macht einsetze, um nicht nur den Weltkrieg zu verhindern, sondern auch um den kleinen Krieg, der jeden Augenblick zum Weltkrieg führen kann, beizulegen.“

Stadthagen sah eine diplomatische Chance zur Friedenswahrung in bi- und multilateralen Verhandlungen, wobei Deutschland die Nähe zu Frankreich, England und Italien suchen sollte. Der konservativen Presse und der deutschen Regierung aber warf er vor: „Von den Hetzern aber wird behauptet, Deutschland könne

nicht (den Friedensbemühungen, H.Cz) beitreten, weil die Genehmigung von Österreich-Ungarn fehle. Wenn das wahr wäre, dann wären wir Vasallen, Untertanen von Österreich. Das heißt Deutschland selbst aufgeben. Der Krieg ist vielmehr ein Verbrechen, das zu verhüten die deutsche Regierung verpflichtet ist.“

Dass es anders kam und auch die Reichstagsfraktion sich anders positionierte, als es noch am 28. Juli zu erwarten war, gehört sicherlich zu den schicksalsschwersten Entwicklungen in der deutschen Sozialdemokratie. Letztlich stand auch sie am 28. Juli 1914 ratlos vor der Frage, was denn im Falle des Kriegsausbruchs zu tun sei.

Holger Czitrich-Stahl □

Geschichte:

„Ein Unehren-Bürger“

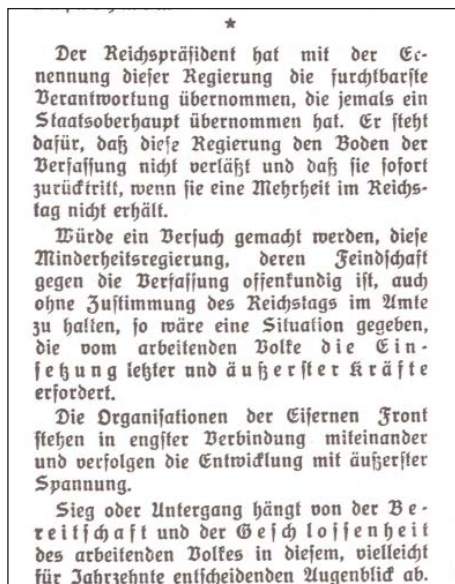
Bernd Rother zur Debatte um Hindenburg und die Berliner Ehrenbürgerliste

Mitte Juni debattierte das Abgeordnetenhaus einen Antrag der „Linken“, Paul von Hindenburg von der Liste der Berliner Ehrenbürger zu streichen. Das Echo in der Öffentlichkeit und unter sozialdemokratischen Historikern war deshalb recht groß, weil der Redner der SPD-Fraktion laut Presseberichten erklärt haben soll, der Reichspräsident von 1925 - 1934 sei ein „Demokrat“ gewesen. Auch wenn das Zitat falsch ist, muss die Person Hindenburgs genauer betrachtet werden.

Paul von Hindenburg war nie ein Demokrat - er hätte sich diese Bezeichnung auch verbeten. Anders als Walter Rathenau, der während des Weltkriegs zu den „Falken“ gehört hatte, ab 1919 aber die junge Demokratie unterstützte, wünschte sich Hindenburg die Restaurierung der Monarchie. Bevor er sich 1925 bereit erklärte, als Reichspräsident zu kandidieren, fragte er „seinen“ Kaiser Wilhelm II. um Erlaubnis. Der Historiker Arthur Rosenberg nannte ihn einen „schärfsten Gegner einer jeden demokratischen oder sozialistischen Tendenz“. Theodor Lessing, Soziologie-Professor, schrieb 1925 über Hindenburg, „dass hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht.“ Wie hellstichtig! 1933 ermordeten die Nazis Lessing aus Rache.

Es stimmt: 1932 unterstützte die SPD Hindenburg, gegen Hitler. In den zurückliegenden sieben Jahren hatte die Partei den Eindruck gewonnen, dass der Reichspräsident die Regeln der Verfassung respektiere, auch in der Zukunft. Bei Hitler war das Gegenteil sicher.

In der gegebenen Situation gab es für die SPD keine andere Möglichkeit, den Griff der Nazis nach der Macht abzuwehren. Das war bitter. Kaum ein Jahr später verriet Hindenburg den Auftrag seiner



Ausriss: Vorwärts-Artikel vom 30. Januar 1933 zur Ernennung Hitlers durch Hindenburg.

Wählerinnen und Wähler, deren übergroße Mehrheit ihn dazu berufen hatte, die Demokratie zu retten. Er ernannte Hitler zum Reichskanzler. Dabei hatte die NSDAP wenige Wochen zuvor eine schwere Niederlage erlitten und erstmals Stimmen verloren. Die wirtschaftliche Konjunktur begann sich leicht zu erholen. Die größte Gefahr für die Demokratie schien vorbei zu sein.

Dem im Abstieg befindlichen Hitler öffnete Hindenburg ohne Not die Tür zur Macht. In den folgenden Wochen und Monaten unterzeichnete er alle Nazi-Gesetze, durch die die Weimarer Verfassung völlig ausgehöhlt wurde. Hindenburg brach seinen Eid auf die Reichsverfassung. Manche verweisen entschuldigend auf Hindenburgs fortgeschrittenes Alter, wodurch seine Urteilsfähigkeit getrübt gewesen sei. Zeitgenössische Berichte zeichnen ein an-

deres Bild. Aber auch wenn dies stimmen sollte: Wer sein Amt nicht niederlegt, ist für die Folgen seines Tuns verantwortlich.

Hätte Hindenburg z. B. 1927 zu seinem 80. Geburtstag die Ehrenbürgerschaft erhalten, könnte man vielleicht über all das bisher Gesagte hinwegsehen. Aber keine demokratisch gewählte Berliner Stadtverordnetenversammlung verlieh ihm diese Würde. Erst unter den Nazis erfolgte der Beschluss: Am Geburtstag des „Führers“, am 20. April 1933, erhielt der Reichspräsident sie zusammen mit Adolf Hitler. Alleine dies reicht eigentlich aus, um Hindenburg von der Liste zu streichen.

Nun wird der Antrag der „Linken“ im Kulturausschuss beraten werden. Dort sollte die Causa Hindenburg zum Anlass genommen werden, einen erneuten Blick auf die gesamte Ehrenbürgerliste zu werfen. Dabei, so zeichnet es sich ab, werden auch die Reaktionen auf die Plenardebatte Berücksichtigung finden. Die Diskussion hat also gerade erst begonnen.

Natürlich wird eine schwierige Vergangenheit nicht dadurch bewältigt, dass man sie tilgt und vergisst. Nicht jeder Straßename, der heute unpassend erscheint, muss beseitigt werden. Aber es gibt Situationen, in denen symbolische Beschlüsse unvermeidbar sind.

Im vorliegenden Fall gibt es keinen Grund, die Entscheidung der Nazis aufrecht zu erhalten! In anderen Städten, z. B. in Kiel, stimmte selbst die CDU gegen Hindenburg. Auch wenn die Ehrenbürgerschaft mit dem Tode endet: Ein demokratisches Gemeinwesen tut gut daran, Paul von Hindenburg von der Liste der Ehrenbürger zu streichen.

Bernd Rother, stellvertretender Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand □

Geschichte:

Die Ausnahmeerfahrung als Dauererlebnis

Ernst Piper hat ein Sammelwerk über das „Zeitalter der Weltkriege“ herausgegeben

Im vergangenen Jahr erschien Ernst Pipers Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs „Nacht über Europa“. Darin beschrieb er mit Blick auf die gemeinsamen kulturellen Erfahrungen Europas, wie die Nationen das „Zeitalter des Gemetzels“ herbeiführten, welche Konsequenzen die Spaltung der Arbeiterbewegung hatte und wie die Niederlage von 1918 in Deutschland unheilvolle Nachwirkungen hatte. Als Herausgeber hat er jetzt namhafte Historikerinnen und Historiker zusammengeholt, die einen größeren Zeitraum in den Blick nehmen: „Das Zeitalter der Weltkriege 1914 - 1945“

Ernst Piper, seit 2006 Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, hat selbst eine Reihe von Beiträgen übernommen. Zu den Autorinnen und Autoren gehören u.a. Dr. Gerd Hankel, der 2001 an der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ beteiligt war, der Journalist und Historiker Sven Felix Kellerhoff oder der Militärgeschichtler Prof. Dr. Sönke Neitzel.

Während eine der größten Leistungen des 19. Jahrhunderts, so Piper, die „Eingebung der Gewalt“ in Europa gewesen sei, ist die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen „gekennzeichnet durch eine nicht abebbende Fülle militärischer Konflikte, Bürgerkriege wie zwischenstaatlicher Kriege“.

Der jetzt vorliegende, reich illustrierte Band geht diesen Konflikten nach, er beschreibt die Technisierung des Kriegs und die Veränderungen der Kriegsführung, er stellt Fragen nach Kriegsschuld. Piper ver-

Ernst Piper (Hg.)

Das Zeitalter der Weltkriege 1914 - 1945



„Das Zeitalter der Weltkriege: 1914-1945“, Edition Lingen Stiftung, Hardcover, ca. 304 Seiten, Format: 21,5 x 29,5 cm, ISBN: 978-3-942453-69-1, EUR 24,95

weist in seiner Einführung auf die Prophezeiung Bebels, der 1911 davor warnte, 16 bis 18 Millionen Männer bei einem „großen Generalmarsch“ in den Krieg in Europa zu schicken mit der Folge von Massenelend, Hungersnot und gesellschaftlichem Umsturz, während konservative Reichstagsabgeordnete dazwischenriefen: „Nach jedem Krieg wird es besser.“

Stig Förster beschreibt in seinem Beitrag die Entgrenzung der modernen Kriegs-

führung, der es nicht mehr um Sieg, sondern um Vernichtung geht, während Alexander Hoerrens die Rolle des einzelnen Soldaten in den Mittelpunkt stellt. Mit der Gewöhnung an die Institution Wehrmacht, so Hoerrens, ging die „Gewöhnung an Gewalt und Brutalisierung des Kriegs sowie an das Dauererlebnis der Ausnahmeerfahrung“ einher. Christopher Kopper untersucht die unterschiedliche Finanzierung der Kriege von 1914 und 1939. Helmut Hammerich beschreibt die Entwicklung der Waffentechnik am Beispiel der Panzerwaffe.

Es sind sehr unterschiedliche Blickwinkel, die die Autorinnen und Autoren einbringen. Militärgeschichtlichen Sichtweisen stehen Beschreibungen der Folgen für die Menschen gegenüber. Dem Blick auf die Entwicklung in Deutschland folgen Einschätzungen der historischen Abläufe in Italien oder Spanien, die vielleicht in der Leseabfolge etwas zu weit nach hinten geraten sind.

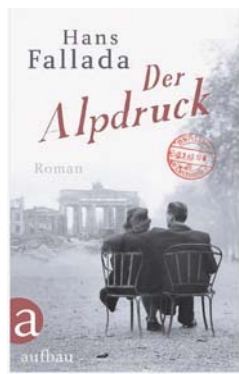
So zeigen die Beiträge eine Vielzahl unterschiedlicher Facetten der Epoche auf, sie geben erste Einblicke in die jeweilige Thematik, die mit Hilfe umfangreicher Literaturhinweise im Anhang auch intensiver erarbeitet werden kann. Sie machen aber auch das Anliegen Ernst Pipers deutlich, die Zeitspanne zwischen 1914 und 1945 als Einheit zu betrachten, mit all ihren Kontinuitäten und Fortentwicklungen, die letztlich im Mai 1945 ein verwüstetes Europa zurückließen, das aus seinen Erfahrungen zu lernen begann. **Ulrich Horb** □

Zwischen Resignation und Aufbruch

Neuaufgabe: Hans Falladas „Der Alpdruck“ beschreibt das Kriegsende 1945

Die Wochen und Monate nach dem Kriegsende 1945 hat Hans Fallada in eine Art Psychogramm in einen Roman transferiert, der 1947 erstmals erschien und nun in dankenswerter Weise vom Aufbau-Verlag erneut herausgegeben wurde. Fallada hat mit seinem vorletzten Roman, sein Werk „Jeder stirbt für sich allein“ folgte erst kurz darauf, offensichtlich seine eigene Schreibblockade zu überwinden versucht.

„Der Alpdruck“ führt die Leser in das Frühjahr 1945. Der Schriftsteller und Nazi-Gegner Doll erlebt den Einmarsch der Roten Armee in einer mecklenburgischen Kleinstadt, wird von ihnen als Bürgermeister eingesetzt. Er verweigert am Verhalten seiner Zeitgenossen, die sich einer Katharsis entziehen. Er gibt das Bürgermeisteramt ab, fährt mit Ehefrau Alma in das zer-



Hans Fallada, *Der Alpdruck*, Aufbau Verlag, Berlin 2014, 285 Seiten, 19,90 Euro

störte Berlin und findet seine Wohnung besetzt.

Doll und seine Ehefrau sehen sich ständig neuen Hindernissen gegenüber, resignieren, fallen in eine überwunden geglaubte Morphinabhängigkeit zurück.

Sein Zorn über das mangelnde Einsichtsvermögen der Nazi-Mitläufer entgleitet ihm in eine Phase völliger Apathie. Fallada zeichnet hier, wie in seinen früheren Romanen, detailliert und differenziert die Charaktere seiner Mitmenschen sowie atmosphärisch dicht die Zeit und Lebensumstände. Sein Protagonist braucht einen langen Anlauf, um seine tiefe Apathie in wideriger Zeit zu überwinden. Es ist der Alltag, der Resignation nahelegt, aber letztlich auch Wege zum Aufbruch offenbart.

Falladas Roman beschreibt ebenso eindringlich eine kurze Phase Berliner Zeitgeschichte. Er ist autobiografisch zugleich ein Stück seines eigenen Lebens. Die erste Veröffentlichung dieses Romans erlebte Fallada nicht mehr: Er starb am 5. Februar 1947 in Berlin.

Gunter Lange □

„Radikaler Demokrat“

Trauer um Wolfgang Brünjes

Wenn Wolfgang durch die Tür trat, wurde es schon mal dunkel im Raum. Mit knapp 1,80 Meter Größe und gut zwei Zentnern füllte er den Türrahmen aus. Kein Wunder, dass er beim Umzugskönig von Kreuzberg, Klaus Zapf, zeitweise der geborene Klaviertransporteur war.

Wolfgang Brünjes wurde am 17. Juni 1948 in Osterndorf/Niedersachsen geboren. Nach Schule und Ausbildung zum Werkzeugmacher kam er über den zweiten Bildungsweg im Sommer 1971 zum Studium nach Berlin/West.

Auf der Suche nach Orientierung und Gemeinschaft führte ihn sein Weg direkt in die Arme der sozialistischen Jugend „Die Falken“. Hier wurde Wolfgang zum radikalen Demokraten sozialisiert und es blieb nicht aus, dass er schnell in der Organisation aufstieg. Anfangs Beisitzer im Landesvorstand wurde er später als hauptamtlicher Jugendsekretär mit dem Schwerpunkt Osteuropa angestellt. Innerhalb der Organisation war bis zuletzt sein feinfühliges und sachkundiges Krisenmanagement gefragt.

1976 trat er in die SPD ein, erstaunlicherweise in dem innerparteilich rechtslastigen Kreis Steglitz. Wenig später übersiedelte er in die Körtestraße und somit in den linken SPD-Kreis Kreuzberg. Damit war er automatisch Mitglied der 5. Abteilung (heute Abteilung Südsterne) unter dem alten Hauptidegen Karl-Heinz Harder. Hier fand er dauerhaft seine politische Heimat und selbstverständlich ging die Arbeit für Wolfgang nicht aus: Mitglied im Abteilungsvorstand, Kreisdelegierter, Abteilungsvorsitzender und 17 Jahre lang Hüter der Finanzen. Unvergesslich bleiben seine anschaulichen Beiträge bei unzähligen Parteiveranstaltungen, wenn er von den nie endenden Konflikten aus dem Leben der Falken und der SPD erzählte.

Seine Beiträge in der Abteilung sowie in der AG 60plus hatten stets Hand und Fuß und zeugten von hohem Sachverstand. Völlig überraschend starb Wolfgang Brünjes am Sonnabend, dem 7. Juni 2014. Wolfgang - wir werden Dich sehr vermissen

Hannelore Rath-Kohl (AG 60plus), Anja Möbus (Vorsitzende der Abt. Südsterne) ☐

Vor 15 Jahren: Die SPD zieht nach Berlin

25. Juli 1999: Die Bundeszentrale der SPD zieht ins Willy-Brandt-Haus an der Wilhelmstraße 141 (Kreuzberg). Nach 66 Jahren kehrte die Parteizentrale der SPD wieder nach Berlin-Kreuzberg zurück.

Politische Restriktionen und geringe finanzielle Mittel ließen in den Anfangsjahren der Sozialdemokratie noch keine „Parteizentrale“ zu. Der Sitz der Gründerparteien war zunächst nur eine Adresse. Die ersten Räumlichkeiten:

- 1890: Katzbachstraße 9 in Berlin
- 1900: Kreuzbergstraße 30 in Berlin
- 1905: Lindenstraße 69 in Berlin
- 1906: Lindenstraße 3 in Berlin
- 1933-1945: Exil (Prag, Paris London)
- 1945: Odeonstraße in Hannover und Behrenstraße in Berlin
- 1950: „Baracke“ in Bonn
- 1975: „Erich-Ollenhauer-Haus“, Bonn
- 1992: Entscheidung für Berlin
- 1993: Errichtung des „Willy-Brandt-Hauses“ in Berlin-Kreuzberg
- 1996: Einweihung der neuen Parteizentrale
- 1999: endgültiger Umzug

Helfen war für ihn eine Selbstverständlichkeit

Rainer Thamm, Schöneberger Sozialdemokrat und SGK-Vorstandsmitglied, ist verstorben

Im Alter von 71 Jahren ist der Schöneberger Sozialdemokrat Rainer Thamm verstorben.

Rainer Thamm wurde am 1. Oktober 1942 in Leipzig geboren. Schon als Jugendlicher verließ er die DDR, ging in Neukölln zur Schule und kam bald nach Schöneberg, dem Bezirk, der ihm zur Heimat wurde.

Sein Berufsleben war die klassische Beamtenlaufbahn, die er als Leiter des Sportamts in Schöneberg beendete.

Von 1978 bis 1990 betrieb er seine „politische“ Jugendfreizeitarbeit, wie er es nannte. Als noch niemand im politischen Mainstream von Integration sprach, trat er gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus an. Für Jugendliche aus vielen Nationen organisierte er Fahrten u. a. in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Theresienstadt.

Die Wendezeit verstärkte seine politischen Aktivitäten. Vor den ersten freien Wahlen in Ost-Berlin stand er den zukünftig politisch Verantwortlichen mit Rat und Tat zur Seite. Bis zum letzten Tag lag der Schwerpunkt des langjährigen SPD-Mitgliedes in der Kommunalpolitik.

Als stellvertretender Vorsitzender der Berliner SGK koordinierte er die Fachrunden der SPD-Fraktionsvorsitzenden in den



Rainer Thamm.

Foto: Przesang

Bezirksverordnetenversammlungen und übte sein Amt als sachkundiger Bürgerdeputierter mit vollem Engagement aus.

Als Co-Autor des „Berliner kommunalpolitischen Lexikons“ (2010 und 2012) betreute er die Fachthemen Jugend und Soziales. Er sorgte dafür, dass das Fachblatt der SGK Berlin, das „SGK-Forum“, regelmäßig mit

kompetenten Themen erscheinen konnte.

Am 23. Februar 2005 wurde ihm für sein ehrenamtliches Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die Bereiche, in denen sich Rainer Thamm engagierte, lassen sich grob umreißen: Sport, Soziales und Kinder- und Jugendförderung - und irgendwie hängt alles miteinander zusammen. Menschen wie Rainer Thamm fangen schon in der Schulzeit an: Rainer Thamm engagierte sich bei Schulfesten und war u.a. Betreuer bzw. Trainer der D-Jugend im Fußball. Die Jugendarbeit war sein Schwerpunkt.

Die Entwicklung seines Kiezes in der Crellestraße bis hin zum Kaiser-Wilhelm-Platz lag ihm am Herzen und er wirkte im „Stadtteilverein Schöneberg“ als stellvertretender Vorsitzender. Sein Spezialgebiet war in den vergangenen Jahren das schwierige Feld um Hartz IV, wobei Rainer Thamm vielen Menschen half, die Anträge auf Unterstützung auszufüllen.

Rainer war immer ein Mensch, für den Helfen eine Selbstverständlichkeit war, ohne auch nur im geringsten an Karriere zu denken. Manchmal war ihm ein entgegengebrachtes Dankeschön schon fast peinlich. Danke, Rainer. Wir werden noch oft an Dich denken. **Norbert Przesang ☐**

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

Hilfe gegen Gewalt und Diskriminierung

Über „Sexualisierte Gewalt und Diskriminierung“ diskutiert die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen am 10. Juli im Rahmen des Gesundheitspolitischen Dialogs der ASG.

„Häusliche und sexualisierte Gewalt“ wird mittlerweile als ein weit verbreitetes Problem erkannt, welches schwere, oft langwierige gesundheitliche Folgen nach sich zieht. Viele Initiativen machen berlinweit auf dieses Problem aufmerksam und bieten Hilfe an. So wurde zum Beispiel im Juni 2010 an der Charité ein Projekt ins Leben gerufen für junge Migrantinnen: „Beende Dein Schweigen, nicht Dein Leben“. Bundesweit einmalig startete damit zeitgleich eine Aufklärungskampagne in Verbindung mit einem deutsch-türkischen Krisentelefon insbesondere für selbstmordgefährdete Frauen mit Migrationshintergrund. In verschiedenen Arbeitsbereichen wird an der Charité zu häuslicher und sexualisierter Gewalt geforscht und gelehrt. Und es ist ein wichtiges Anliegen der Universitätsmedizin, mit diesen Ergebnissen auch den betroffenen Menschen aller Altersstufen, aller Kulturkreise und jeden Geschlechts zu helfen.

Wo beginnen Grenzüberschreitungen oder Grenzverletzungen? Gibt es schon wirksame Strategien? Und wie sehen diesbezüglich die gesundheitspolitischen Ziele der Berliner Koalition aus? Diese Fragen diskutieren Thomas Isenberg, MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin sowie von der Charité Dr. Christine Kurmeyer (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte), Dr. Sabine Oertelt-Prigione (Institut für Geschlechterforschung in der Medizin), Dr. Meryam Schouler-Ocak (Leitende Oberärztin der Psychiatrischen Universitätsklinik), Prof. Dr. med. Jalid Sehoul (Direktor der Klinik für Gynäkologie). Moderation: Barbara Scheffer

➔ 10.07.2014, 19:30 - 21:00, Abgeordnetenhaus Berlin (Raum 353), Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

TERMINE

■ 05.07.2014, 10:00 - 12:00, SPD Neukölln, Abt. Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose**, Kiosk am Reuterplatz, Reuter-/Ecke Weserstraße, 12047 Berlin

■ 05.07.2014, 10:00, **Integrations-Cup 2014 - Pankow grenzt nicht aus**, veranstaltet vom SV Buchholz e.V., die AG Migration und Vielfalt Pankow ruft zur Teilnahme auf, Gelände

des SV Buchholz e.V., Chamissostraße 9-11, 13127 Berlin.

■ 05.07.2014 10-14 Uhr in Hellersdorf, **Sven Kohlmeier beim Kinderfest** mit Hüpfburg und Waffelstand, am Hellersdorfer Corso, am U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße

■ 07.07.2014, 16:30 - 18:00, **Bürgersprechstunde mit Eva Högl, MdB**, Kreativhaus Berlin, Café CoCo, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

■ 07.07.2014, 17:00 - 18:00 **Bürgersprechstunde von Frank Jahnke, MdB**, Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 07.07.2014, 19:00, Tom Schreiber/FA Inneres, **Aktuelle Innenpolitik auf Bundesebene, mit Dr. Eva Högl**, Abgeordnetenhaus, Raum 388, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

■ 08.07.2014, 19:00, **QueerSozis Neukölln, Mitgliederversammlung**. Das Projekt „Rad und Tat e.V.“ wird seine Arbeit vorstellen. S...Cultur, Erkstraße 1, 12043 Berlin

■ 09.07.2014, 17:00 - 18:00, **Bürgersprechstunde von Karin Halsch, MdB**, Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 09.07.2014, 16:30 - 18:15, **AG Selbst Aktiv, Strategiesitzung** – Wer wir sind und was wir wollen, AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin

■ 10.07.2014, 18:00, SPD-Bundestagsfraktion, **Was steckt drin – im Rentenpaket? Lebensleistung besser anerkennen**, Wilhelm-Leuschner-Saal im DGB-Haus, Kleiststr. 19-21, 10787 Berlin. mit Gabriele Lösekrug-Möller, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Es diskutieren Dirk Neumann, Referatsleiter Alterssicherung des DGB, Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutscher Frauenrat e.V. Anmeldung: berlin-lg.spd@bundestag.de

■ 10.07.2014, 17:00 AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf: „Miteinander reden und zusammen feiern!“ **Sommerfest des Netzwerks Integration Südwest (NIS)** im Griechischen Kulturzentrum, Mittelstraße 33, 12167 Berlin-Steglitz

■ 10.07.2014, 19:30 - 21:00, ASG Berlin, **Sexualisierte Gewalt und Diskriminierung**, (siehe Meldung links)

■ 12.07.2014, 20:00, Dr. Eva Högl, MdB - Mitte, **„Eva and Friends“-Sommerparty mit Grillen und Fußball**, Lindengarten, Nordufer 15, 13353 Berlin

■ 16.07.2014, 18:00 - 19:00, **Sprechstunde Birgit Monteiro**, MdB Lichtenberg, SPD Bürgerbüro, Rathausstraße 7, 10367 Berlin

■ 16.07.2014, 13:00 Uhr, Leben wohnen arbeiten rund um den Gendarmenmarkt. **Kiezspaziergang mit MdB Eva Högl**. Treffpunkt: Gendarmenmarkt, Schillerdenkmal vor dem Konzerthaus

■ 17.7.2014, 15:00 Uhr, **Sommertreffen der AG 60 plus Steglitz-Zehlendorf**, Restaurant Gruetzi, ehemals Texas Steak, im Stadtpark Steglitz (Einfahrt von der Albrechtstraße 47)

■ 23.07.2014, 17:00 - 18:00, **Bürgersprechstunde mit Karin Halsch, MdB**, Bürgerbüro am Berl, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

BÜRGERBÜROS

In dieser und den kommenden Ausgaben gibt die Berliner Stimme einen Überblick über die bisher eingerichteten Bürgerbüros von SPD-Abgeordneten in den Bezirken.

■ **Bürgerbüro Dr. Michael Arndt**, Thaliaweg 15, 12249 Berlin, Telefon: 030 - 76 67 98 54.

■ **Bürgerbüro Franziska Becker**, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin, Telefon: 01575 - 438 70 74, Website: <http://www.becker2011.de/bue-bue/index.html>, E-Mail: franziska.becker@spd.parlament-berlin.de, Öffnungszeiten: Montag: 10:00 bis 17:00 Uhr, Dienstag: 10:00 bis 14:00 Uhr, Mittwoch: 10:00 bis 13:00 Uhr, Freitag: 10:00 bis 13:00 Uhr

■ **Bürgerbüro Daniel Buchholz**, Quellweg 10 (Nähe U7-Bahnhof Siemensdamm), 13629 Berlin, Telefon: 030 - 33 48 66 99, E-Mail: info@daniel-buchholz.de

■ **Bürgerbüro Dennis Buchner**, Bühringstraße 6, 13086 Berlin, Telefon: (030) 92 37 31 67, Website: <http://www.dennis-buchner.de>, E-Mail: info@dennis-buchner.de. Öffnungszeiten: Montag und Mittwoch: 11:00 bis 16:00 Uhr, Dienstag und Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr und nach Vereinbarung

■ **Wahlkreisbüro Dr. Ina Czyborra und Irene Köhne**, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, E-Mail: ina.czyborra@spd-suedwest.de

■ **Bürgerbüro Björn Eggert**, Oranienstraße 69, 10969 Berlin, Telefon: 030 - 23 25 22 77, Fax: 030 - 23 25 22 29, Website: <http://www.bjoerneggert.de>, E-Mail: bjoern.eggert@spd.parlament-berlin.de. Öffnungszeiten: Dienstag: 9:30 bis 12:30 Uhr, sonstige Tage: nach Vereinbarung

■ **Bürgerbüro Burgunde Grosse und Raed Saleh**, Marktstraße 1, 13597 Berlin, Telefon: 030 - 36 75 00 81 / 030 - 36 75 00 82, Fax: 030 - 35 13 68 00. Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag: 10:00 bis 15:00 Uhr, Mittwoch, Freitag: 12:00 bis 17:00 Uhr. Mittwoch: 15:00 bis 17:00 Uhr (Bürgersprechstunde Burgunde Grosse), Freitag: 14:00 bis 15:30 Uhr (Bürgersprechstunde Burgunde Grosse), Dienstag: 10:00 bis 12:00 Uhr (Bürgersprechstunde Raed Saleh), Donnerstag: 13:00 bis 15:00 Uhr (Bürgersprechstunde Raed Saleh), Freitag: 16:00 bis 18:00 Uhr (Bürgersprechstunde Raed Saleh)

■ **Bürgerbüro Karin Halsch**, Am Berl 13, 13051 Berlin, Telefon: 030 - 51 73 69 48, Website: <http://karin-halsch.de/buergerbuero/>, E-Mail: info@karin-halsch.de. Öffnungszeiten: Montag-Donnerstag: 10:00 bis 16:00 Uhr, Mittwoch: 17:00 bis 18:00 Uhr - Bürgersprechstunde

■ **Bürgerbüro Renate Harant**, Bölschestr. 88, 12587 Berlin, Webseite <http://renateharant.de>, E-Mail-Adresse renate.harant@spd.parlament-berlin.de

■ Weitere Büros finden Sie in den kommenden Ausgaben

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„Wie ein Totentanz

Willy-Brandt-Haus zeigt Alfred Hrdlickas Zyklus zum 20. Juli 1944

In seinem 1973/74 entstandenen, 53 Blätter umfassenden Zyklus „Wie ein Totentanz“ beschreibt der österreichische Künstler Alfred Hrdlicka die Ereignisse des 20. Juli 1944 und beleuchtet das Wesen und die Folgen der Gewalt.

Erstmals probierte Hrdlicka in diesem bis dato umfangreichsten Zyklus eine neue Erzähltechnik aus: Er folgte streng chronologisch den historischen Ereignissen und doch entfaltet sich durch die Auswahl der Situationen und die Gewichtung von Szenen eine Kommentarebene. Hrdlicka verfolgt den Militarismus, der ihm wesentlich für das Zustandekommen des Nationalsozialismus erscheint, bis zu seinen Anfängen bei Friedrich dem Großen zurück. Ohne die Attentäter zu glorifizieren, schildert er sodann den Hergang und das tragische Ende der Revolte, die Hinrichtungen der gescheiterten Attentäter und die Grauen des fortgesetzten Krieges. Schließlich führt er die Handlung bis an die damalige Gegenwart heran, zum Sturz Allendes in Chile 1974.

Der Zyklus besticht auch durch die große Bandbreite an druckgrafischen Techniken. Im Wechsel von Ätzungen auf Zink, Kaltna-



„Acht Zigaretten pro Hinrichtung“

© Alfred Hrdlicka

del-Radierungen, Schabblättern, Aquatinta und Mezzotinto auf Kupfer stellt Hrdlicka im Verlauf der 53 Episoden Korrespondenzen her und setzt virtuos Akzente. **PM** □

➔ Vernissage: 8. Juli 2014 19:30 Uhr. Es sprechen: Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums, Friedhelm Mennekes, Jesuitenpater, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10961 Berlin. Eintritt frei, Ausweis erforderlich

KULTURTIPPS

„Kästner für Erwachsene“. Für die Vorstellung „Kästner für Erwachsene“ im Theater im Palais, zu der die Berliner Stimme und das Kulturforum am Dienstag, dem 23. September einladen, stehen noch Karten zur Verfügung. Die Karten kosten in Kategorie I 22 € (12 € erm.), in Kategorie II 19 € (10 € erm.). Eine Einführung in die Arbeit des Theaters und das Stück geben um 19 Uhr die Vorsitzende des Fördervereins Theater im Palais e. V. und Staatssekretärin a.D. Monika Helbig und Intendantin Gabriele Streichhahn. **BS** □

➔ Anmeldungen unter www.spd-berlin.de/theaterbesuch und per Mail an berliner.stimme@spd.de

Ausstellung Oskar Huth. Er war Maler und Zeichner, berühmt wurde er mit seinen Fälschungen von Reisebuttermarken und Ausweispapieren, mit denen er Verfolgten während der NS-Zeit half. In den fünfziger und sechziger Jahren traf man ihn in den Kreuzberger und Wilmersdorfer Künstlerkneipen. Jetzt zeigt die Browse Gallery ab 12. Juli in der Kreuzberger Marheinekemarkthalle (Empore der Markthalle) in einer Ausstellung Arbeiten von Oskar Huth. **BS** □

Metropolis: Film als Kulisse für einen Berlin-Krimi

Zwei Jahre arbeitete der Regisseur Fritz Lang an seinem wohl bekanntesten Film: Metropolis. Ein cineastisches Highlight der zwanziger Jahre. Der Film wird 2001 als erster Film in das Weltdokumentenerbe der UNESCO aufgenommen, und erst 2008 wird in Buenos Aires die Langfassung des Filmes wiederentdeckt.

In Robert Baur's Kriminalroman werden die Dreharbeiten in Babelsberg und Berlin von Mord- und Brandanschlägen überschattet und Filmstar Brigitte Helm be-

droht. Kommissar Ernst Gennat schickt zu verdeckten Ermittlungen seinen ehemaligen Kollegen Robert Grenfeld zum Filmset, und dieser gerät in ein Wespennest.

Profitgier, ökonomische Intrigen bei der Ufa, eine undurchsichtige russische Schönheit und konkurrierende Polizeikommissariate prägen die spannend erzählte Geschichte mit viel authentischem Hintergrund. Die Trennlinie zwischen Gut und Böse verliert sich.

Der Autor setzt seine eigene Faszination über Langs Meisterwerk geschickt in fein

gesponnene Handlungsstränge ein, beschreibt kompetent die Dreharbeiten und lässt auch unterschiedliche Deutungen über „Metropolis“ zu, verkleidet in Drehbuchvarianten.

Baur inszeniert seinen Kriminalroman mit viel Berliner Lokalkolorit vor dem politischen Hintergrund eines Aufstiegs der Rechtsextremen. Urteil: Lesenswert.

Gunter Lange □

➔ Robert Baur: Mord in Metropolis, Gmeiner-Verlag Messkirch, 2014, 374 Seiten, 11,99 Euro.